

Berliner PolizistInnen haben Namen – Kennzeichnungspflicht jetzt!

Seit 2001 steht im Koalitionsvertrag zwischen SPD und Linkspartei.PDS die Absicht, eine individualisierbare Kennzeichnung für alle PolizistInnen in Berlin einzuführen. Zwar sind schon die ersten
5 Schritte in diese Richtung getan worden: Seit August 2005 sind immerhin anhand einer Zahlenkombination Hundertschaft, Zug und Gruppe der PolizistInnen erkennbar. Nichtsdestotrotz ist es für die einzelnen PolizistInnen immer noch möglich in ihrer Gruppe abzutauchen.

Vorfälle im letzten Jahr, wie zum Beispiel die Razzia in der Diskothek Jeton, bei der durch die Polizei mehr als 20 Menschen z.T. schwer verletzt wurden, oder die Übergriffe bei der Demonstration gegen den
10 öffentlichen Zapfensteich am Reichstag, zeigen, wie wichtig es ist, jede PolizistIn individuell zu kennzeichnen, um eine Identifizierung zum Zwecke der Strafverfolgung zu erleichtern.

Wie schwierig eine Strafverfolgung nach Polizeiübergriffen oftmals ist, zeigt beispielsweise die Tatsache, dass im Jahre 2004 von 766 Ermittlungsverfahren wegen Körperverletzung im Amt gegen PolizistInnen
15 759 Verfahren nicht zu einer Anklage führten. Von den übrigen sieben Verfahren, die vor Gericht landeten, führten nur 2 zu einer Verurteilung. Die Einstellungsquote liegt also selbst noch über 99 Prozent.

Im Januar 2006 wurde eine Gruppe PolizistInnen vom Vorwurf freigesprochen, einen Palästinenser während des Bush-Besuchs 2002 auf offener Straße misshandelt zu haben. Trotz der Hundertschaftskennzeichnung gelang es nicht, die PolizistInnen einwandfrei als diejenigen zu
identifizieren, die den Mann verprügelt hatten.

20 Deshalb fordern wir, die Jusos Berlin, die Abgeordnetenhausfraktion und den Senat auf, den Koalitionsvertrag in diesem Punkt endlich umzusetzen und eine eindeutig identifizierbare und individualisierbare Kennzeichnung für alle PolizistInnen unverzüglich und umfassend einzuführen.